

**Bürgerinfo**

Home

Gemeinderat

Ausschüsse

Ortschaftsräte

sonstige Gremien

Fraktionen

Sitzungen

Kalender

Übersicht

Recherche

Textrecherche

Auszug - Auswirkungen des transatlantischen Freihandelsabkommens auf die kommunale Daseinsvorsorge - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. Januar 2015

TO	Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses		
TOP:	Ö 1		
Gremium:	Verwaltungs- und Finanzausschuss	Beschlussart:	geändert beschlossen
Datum:	Di, 03.03.2015	Status:	öffentlich/nichtöffentlich
Zeit:	15:00 - 18:00	Anlass:	Sitzung
Raum:	Sitzungssaal Hohentwiel		
Ort:	Rathaus, Hohgarten 2, Zimmer 319		
	2015/011-1 Auswirkungen des transatlantischen Freihandelsabkommens auf die kommunale Daseinsvorsorge - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. Januar 2015 BES		
VO			
Status:	öffentlich	Vorlage-Art:	Beschlussvorlage
Verfasser/in:	Khalifa, Osamah		
Federführend:	Oberbürgermeister	Bearbeiter/-in:	Demmer, Markus

Beschlussvorschlag:

Die exportorientierte Wirtschaft von Baden-Württemberg ist auf einen freien und fairen Welthandel angewiesen. Die Unternehmen benötigen einen klaren und stabilen Rahmen, um ihre Produkte auch außerhalb des EU-Binnenmarktes erfolgreich vermarkten zu können. Die USA ist dabei einer der wichtigsten Absatzmärkte für Produkte aus Baden-Württemberg.

Der Abbau von Zöllen sowie die Reduzierung von rechtlichen, technischen und anderen Handelshemmnissen kann zu Wachstum und der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze führen. Ein tragfähig verhandeltes transparentes Abkommen kann dabei einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Exportchancen für Produkte aus Baden-Württemberg leisten.

Der Gemeinderat der Stadt Singen befürwortet die grundsätzliche Forderung nach größtmöglicher Transparenz und Öffentlichkeit bei den Verhandlungen über das transatlantische Freihandelsabkommen.

Der Gemeinderat befürwortet ebenso die Forderung, dass die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge – Wasser- und Abwasserversorgung, ÖPNV, etc. – und der kommunalen Infrastruktur nicht eingeschränkt werden darf. So muss auch mit TTIP das staatlich finanzierte Krankenhauswesen

erhalten sowie die öffentliche Förderung der Kultur durch die EU-Mitgliedstaaten bzw. durch die Regionen und die Kommunen möglich bleiben.

Der Gemeinderat unterstützt die objektive und sachliche Auseinandersetzung mit den Themen TTIP, TiSA und CETA und deren mögliche Auswirkungen auf die Kommunen und die Bürgergesellschaft. Darüber hinaus befürwortet der Gemeinderat auch die Forderung, dass Umwelt- und Sozialstandards sowie die Möglichkeiten politischer Gestaltung nicht durch Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren gefährdet werden dürfen.

Der Gemeinderat der Stadt Singen bittet den Deutschen Städtetag, sich gegenüber Bundesregierung und EU-Kommission dafür einzusetzen, dass

- ab sofort eine Vertretung der deutschen Kommunen an den Verhandlungen und Gesprächen über TTIP, TISA und CETA teilnimmt und die kommunalen Mandatsträger/-innen über alle für sie relevanten Verhandlungsinhalte informiert.
- die Interessensverbände der Kommunen und die kommunalen Mandatsträger/-innen ausgehandelte Vertragstexte rechtzeitig vor deren Verabschiedung zur Prüfung und Stellungnahme erhalten.
- die Interessensverbände der Kommunen vor der Abstimmung über TTIP, TISA und CETA die Möglichkeit zur Stellungnahme und Diskussion vor dem Bundestag und vor dem EU-Parlament erhalten.
- bei den Verhandlungen und Entscheidungen zu TTIP, TISA und CETA dafür Sorge getragen wird, dass europäische Umwelt-, Gesundheits- und Sozialstandards nicht über eine Investitionsschutzklausel oder andere Festlegungen ausgehebelt werden können.

Der Beschlussvorschlag wird folgendermaßen ergänzt:

Der 3. Absatz des Beschlussvorschlages wird nach dem Wort „Freihandelsabkommen“ folgend erweitert:

und erwartet dass Beschlüsse von demokratisch legitimierten Parlamenten nicht durch Schiedsgerichte ausgehebelt werden können.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig beschlossen